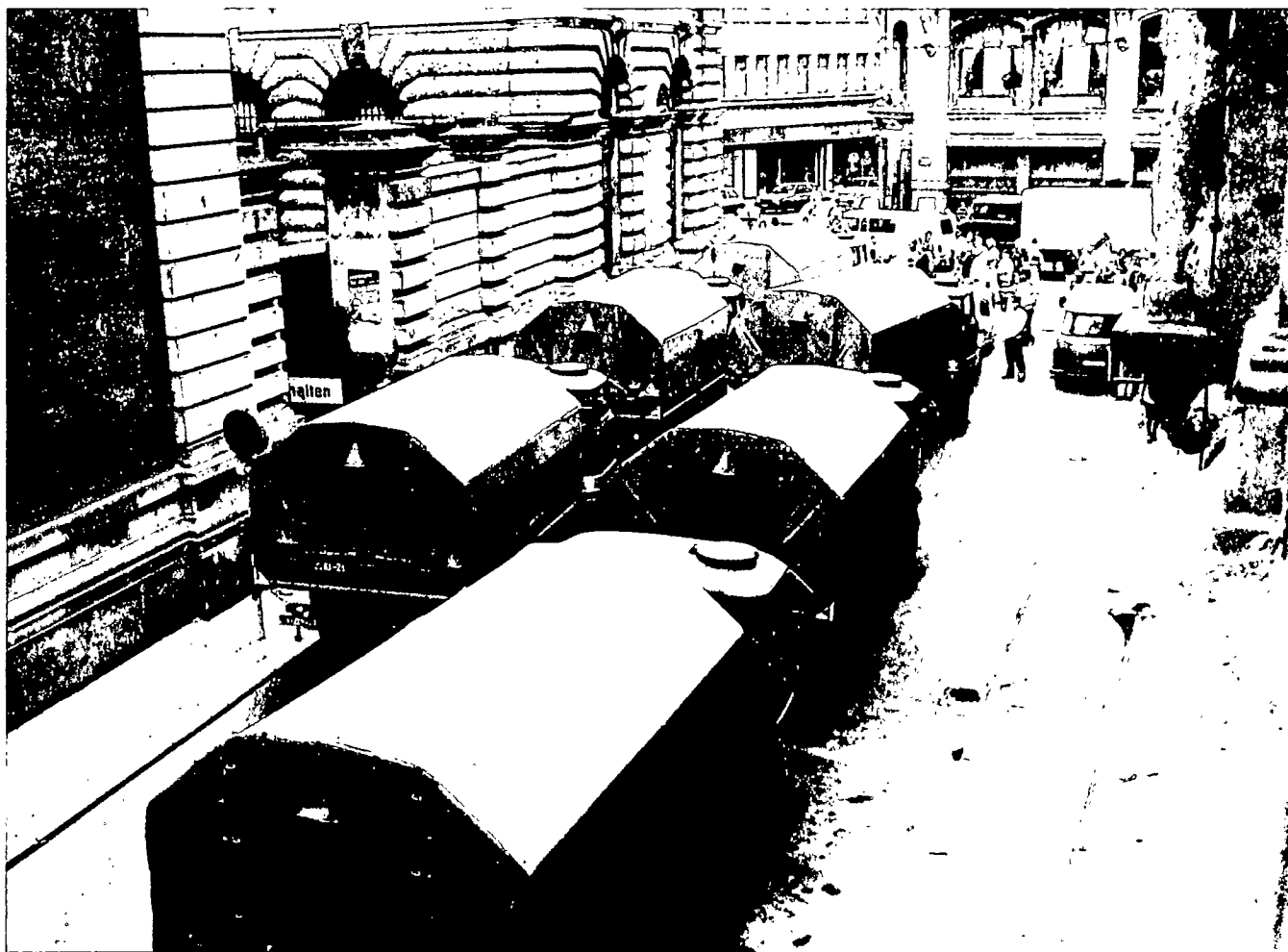




D-Mark-Transport in der DDR*: Alles ist vorbereitet, nur die Menschen sind es nicht

„Die heben einfach die Hände“

Die D-Mark kommt, das aufregende Experiment Währungseinheit beginnt. Eine der modernsten Volkswirtschaften wird zusammengekoppelt mit einem verrotte-

ten Land. Gelingt es der Bundesrepublik, die DDR schnell aus dem Sumpf zu ziehen? Oder versinkt das östliche Deutschland erst mal noch tiefer im Morast?

Vor dem Ost-Berliner Luxushotel Metropol tummeln sich, wie überall in der DDR, die Schieber und Spekulanten. Ganz offen gehen sie ihren Geschäften nach, kein Volkspolizist hindert sie daran. Dennoch sind die Schwarztaucher erkennbar nervös: Ihnen bleiben nur noch wenige Tage, um die dicken Bündel Ost-Mark loszuwerden, die ihre Taschen auswölben.

Im Hotel weist ein Schild auf die gesunkenen Preise im Intershop hin. In solchen Läden konnten die DDR-Bürger jahrelang die begehrten West-Waren gegen harte Währung erwerben. Jetzt ist Schlußverkauf. Doch nur wenige greifen zu.

* Anlieferung von Ein-D-Mark-Stücken in der Leipziger Staatsbank-Filiale.

Warum sollten sie auch? Die westlichen Spezialitäten und Edelmarken, die von der staatlichen Ladenkette bisher exklusiv vertrieben wurden, gibt es inzwischen an jeder Ecke in jeder Stadt – und noch viel mehr dazu.

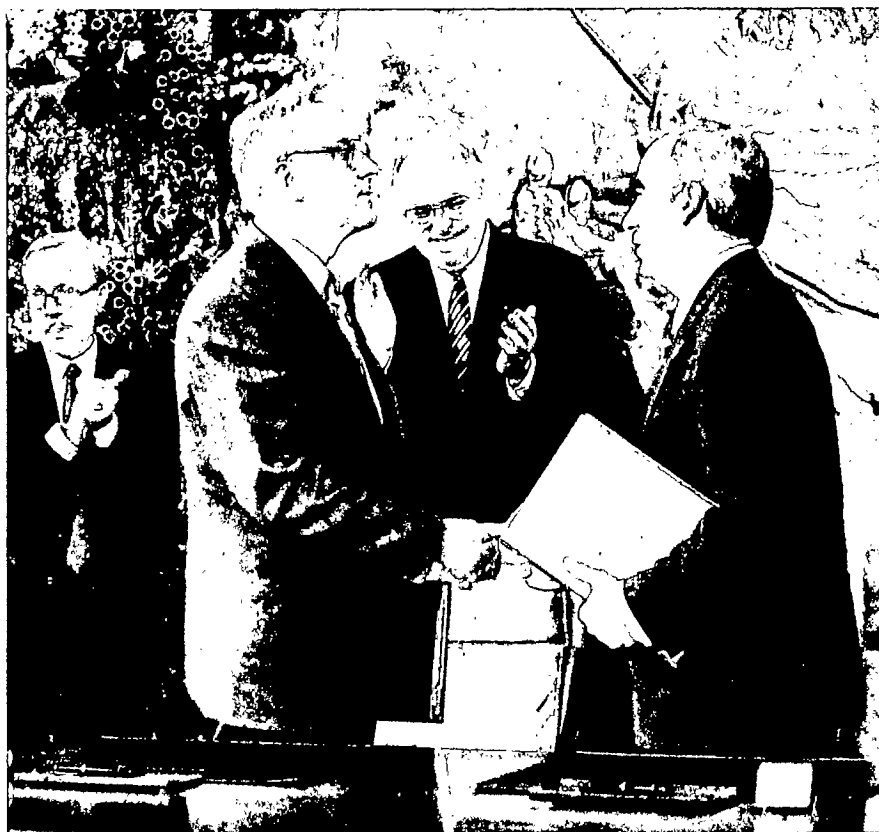
In der Dresdner City, Ernst-Thälmann-Straße, hat der Hamburger Otto-Versand ein Bestell-Center eingerichtet. Nicht weit entfernt läßt Beate Uhse neutral verpackte Kataloge verteilen. West-Reisen werden an vielen Stellen der Stadt angeboten, selbst die Stadtrundfahrt findet nun im modernen Mercedes-Bus statt. Die neue Zeitung heißt *Dresdner Morgenpost* und sieht ihrer Hamburger Schwester zum Verwechseln ähnlich.

In Massen werden neue und gebrauchte West-Autos in die DDR ge-

karrt; es gibt Mövenpick-Eis und Holsten-Pilsener. Der Kulturpalast und McDonald's präsentieren demnächst, wie ein Hinweisschild ankündigt, „erstmalig gemeinsam Brückenmännchens Sommerfest“.

Die DDR, wenige Tage vor der Stunde Null: Die West-Banker und Geschäftsleute, die seit Wochen die wenigen Hotels füllen, haben das Gelände sondiert, die Reviere sind abgesteckt. Das Geschäft kann beginnen.

D-Mark für die DDR. Rund 50 Lkw-Ladungen der begehrten Ware werden bis zum 1. Juli ins östliche Deutschland geschafft, 6000 Tonnen Scheine und 500 Tonnen Münzen, 25 Milliarden D-Mark insgesamt. Sie werden in riesigen Tresorräumen gelagert, über das Land verteilt und vom 1. Juli an ausgegeben. Vor den



Unterzeichnung des Staatsvertrags*: Jeden Tag eine neue Hlobsbotschaft

Banken und Sparkassen standen die DDR-Bürger vergangene Woche in langen Schlangen an, um die Umtauschanträge auszufüllen.

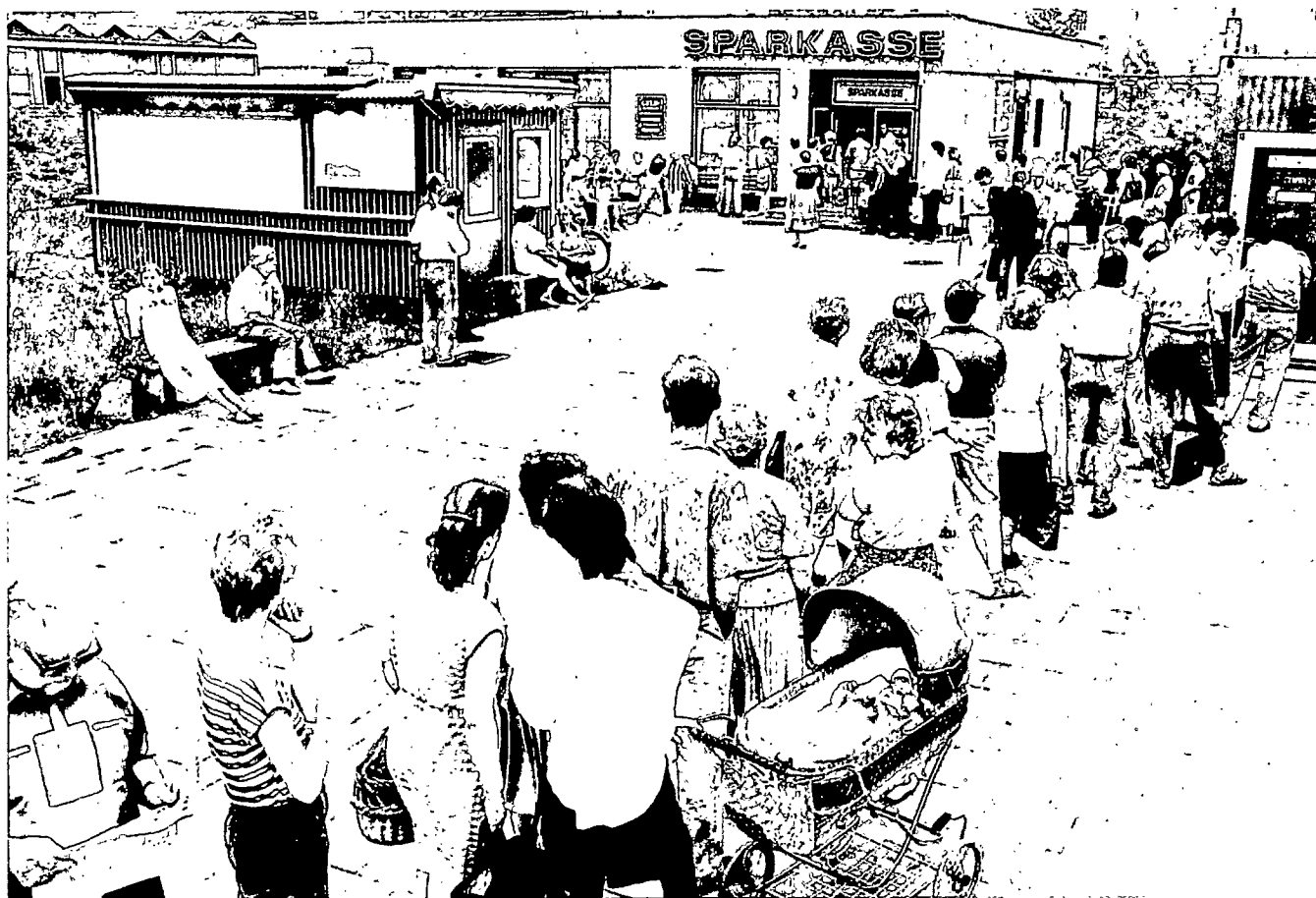
Der 1. Juli: Alles ist vorbereitet. Nur die Menschen, die sind es nicht.

Der 1. Juli wird den Ostdeutschen endgültig die glitzernde Waren-Welt des Westens ins eigene Land bringen. Aber werden sie sich die erträumten Produkte auch leisten können? Was bleibt vom Lohn übrig? Kann der Betrieb den Lohn überhaupt bezahlen? Und, vor allem: Bleibt der Arbeitsplatz erhalten, bleibt die Wohnung so billig wie bisher?

Niemand weiß eine Antwort auf diese Fragen, die Politiker nicht und die Manager der DDR-Wirtschaft schon gar nicht. Die Lehrbücher der Ökonomen bieten wenig Hilfe, eine vergleichbare Situation hat es nie gegeben: Noch nie wurden ein hochentwickeltes Industrieland und eine verrottete Volkswirtschaft zusammengefügt.

Ein atemberaubendes ökonomisches Experiment, noch dazu in irrwitzigem Tempo vollzogen. Im November erst öffnete sich die Mauer, die Ökono-

* Oben: Ministerpräsident Lothar de Maizière, Finanzminister Walter Romberg, Kanzler Helmut Kohl, Finanzminister Theo Waigel am 18. Mai im Palais Schaumburg; unten: Ost-Berliner stehen an, um ihre Umtauschanträge auszufüllen.



Vorbereitung auf den Tag X*: In den Köpfen herrscht das alte Denken und die Angst vor dem neuen

men empfahlen einen mehrjährigen, schonenden Umbau der DDR-Wirtschaft.

Die Menschen entschieden anders, die Straße diktierte das Tempo: Die D-Mark mußte her, so schnell es geht. Am 18. Mai unterzeichneten die Finanzminister Theo Waigel und Walter Romberg den Staatsvertrag über die Wirtschafts- und Währungsunion.

Es sind dies 115 Schreibmaschinenseiten, die aus dem Nachkriegsstaat DDR ein Gebilde ohne eigene Machtbefugnisse machen. Alles, was in 40 Jahren Eigenstaatlichkeit an ökonomischen und sozialen Regelungen geschaffen wurde, löscht der Staatsvertrag aus. Unternehmens-, Eigentums-, Sozialrecht – alles wird bundesdeutsch. „Die Übernahme der D-Mark“, so Bundesbank-Präsident Karl Otto Pöhl schon im Februar, „bedeutet ja praktisch die Aufgabe der Souveränität auf den wichtigsten innenpolitischen Gebieten.“

Nun also ist es soweit, und allmählich beginnen die Menschen zu begreifen, auf welches Abenteuer sie sich eingelassen haben.

Zum zweitenmal in ihrem Leben sind die Bürger der DDR Gegenstand eines Großversuchs. Der erste hieß real existierender Sozialismus, das Ergebnis ist bekannt. Der zweite nennt sich Währungsunion, das Ergebnis ist offen.

Das Experiment startet mit vielen Unbekannten, die wohl gewichtigste ist die Reaktion der Menschen. Niemand weiß, ob die Bürger, jahrzehntelang bevormundet, ihr Schicksal in die eigenen Hände nehmen werden, ob sie ihre Chance suchen und ergreifen.

Bis jetzt ist nichts davon zu sehen. Eine seltsame Lähmung hat das Land erfaßt. Die Entwicklung ging viel zu schnell, nichts ist bislang verarbeitet. „Die heben einfach die Hände“, sagt Ingo Klein, Dozent an der Berliner Hochschule für Ökonomie.

Zupacken, die Ärmel hochkrepeln? „Erst einmal abwarten.“ Winfried Reuter, 43, fertigt in Rabenau bei Dresden mit acht Mitarbeitern Stühle. Um den Verkauf mußte der Kleinunternehmer sich nicht kümmern. Die Stühle wurden von der Planbürokratie verteilt.

Nun gibt niemand mehr einen Plan vor, niemand verkauft mehr die Produktion. Reuter muß sich künftig seine Kunden selbst suchen, und er muß gegen Billigkonkurrenz aus dem Westen konkurrieren. Soll er sich auf Sonderanfertigungen spezialisieren, oder soll er expandieren, um durch Massenfertigung die Kosten zu senken? Abwarten.

Die alte Sicherheit ist weg, mit der neuen Freiheit können sie nichts anfangen. In den Köpfen herrscht das alte Denken und die Angst vor dem neuen.

Die nach der D-Mark schrien, das sind auf einmal die anderen. So



Volle Regale mit West-Ware, leere Fleischerei in Ost-Berlin: „Fast das gesamte

schlecht, entdeckt nun mancher, war es ja gar nicht unter der alten Herrschaft. Es gab genug zu essen, die eigenen Produkte schmeckten gar nicht übel. Der Arbeitsplatz war so sicher wie das Wochenende in der Datscha am Rande der Stadt, Pacht: 40 Mark im Jahr.

In den Geschäften sind die Regale leer. Der Handel führt die billigen Ost-Waren nicht mehr, er fürchtet, nach der Währungsunion auf vollen Lagern sitzenzubleiben.

Einen „selbstzerstörerischen Prozeß“ registrierte Günter Graß auf seinen Reisen durch die DDR: Die Bevölkerung, so berichtete Graß kürzlich auf einer Veranstaltung im Reichstag, vernichte „durch die rücksichtslose Abwertung hausgemachter Produkte und die blindlings vollzogene Aufwertung westlicher Waren die eigenen Arbeitsplätze“.

Auf Rast in Altdöbern (3500 Einwohner), südwestlich von Cottbus, fand der Schriftsteller in einer der beiden Dorfkeipen nur bayerisches Bier. Die Münchner Brauerei Hacker-Pschorr hatte den Gastwirt „mit Bierdeckeln, Speisekarten und raumschmückendem Zubehör versorgt“. Allerdings darf er fortan kein DDR-Bier mehr ausschenken.

In Altdöbern wird bald die Braunkohleförderung eingestellt; die lokale



Ost-Berliner Möbelgeschäft: Zum Schleuderpreis verramscht

Brauerei hat schon dichtgemacht, ebenso die Schnapsbrennerei.

„Fast das gesamte Warenangebot der DDR“, so Graß, „hat schon jetzt seinen Marktwert verloren, das heißt die Verkaufsstrategie westlicher Firmen deckt sich auf verhängnisvolle Weise mit den Kaufwünschen der Bevölkerung.“

Mitarbeiter des Dresdner Süßwarenherstellers Elbflorenz müssen ihre Produkte selbst verkaufen, von einem Wohnwagen aus. Das Unternehmen ist schon vor dem Tag X zusammengebrochen, die Geschäfte bieten lieber West-Waren an. Wer noch Heimisches auf Lager hat, verramscht zum Schleuderpreis. Eine Kaffeemaschine kostet plötzlich nur noch ein Viertel, bei manchen Waren fielen die Preise noch drastischer.



Warenangebot der DDR hat schon jetzt seinen Marktwert verloren*



Räumungsaktion im Intershop*
„Der 1. Juli ist der Scharfrichter“

Ausverkauf in der DDR: Die Kunden schimpfen auf den Handel, der wiederum macht die Kunden verantwortlich. Und manche vermuten sogar Saboteure des alten Apparates hinter dem Mangel. Das Mißtrauen sitzt tief.

Selbst der Schnaps ist knapp. Und den gab es im Sozialismus immer reichlich.

Die Lebenshaltungskosten steigen. Die Post hat kräftig zugelangt, für eine Te-

* Im Ost-Berliner Hotel Metropol.

lefoneinheit sind künftig 23 statt 15 Pfennig zu zahlen, für ein Paket drei Mark statt 70 Pfennig. Energie, stand in der Zeitung, kostet die Bürger demnächst 100 Mark mehr im Monat. Was bleibt da von der neuen Mark?

„Jeden Tag eine neue Hiobsbotschaft“, klagt der Ingenieur Joachim Alter, der den neuen Zeiten relativ gelassen entgegen sehen könnte: Der gebrauchte West-Wagen steht schon vor der Tür, der Vertrag für einen neuen Job, als Vertreter einer bundesdeutschen Versicherung, ist unterschrieben.

Das Gefühl, verkauft und zur billigen Beute westlicher Geschäftsleute verkommen zu sein, breitet sich aus. Man hat schlechte Erfahrungen gemacht. Es waren oft die zwielichtigsten unter den Geschäftemachern, die zuerst in der DDR erschienen. Es waren die windigsten in der schillernden Branche der Unternehmensberater, die mit den ersten Angeboten auftauchten.

Die renommierte Porzellan-Manufaktur in Meißen hat zwei dieser Angebote einmal nachgeprüft, mit verblüffendem Ergebnis: Der eine Berater hatte sich unrechtmäßig mit einem Adelstitel geschmückt, der andere mit einer falschen Adresse in einem besseren Viertel.

„Viele arbeiteten nach der Methode: „rein, über den Tisch ziehen, verschwinden“, berichtet der Vertreter eines bundesdeutschen Wirtschaftsverbands in der DDR.

Im wilden Osten soll die schnelle Mark gemacht werden. Auf Kaffeefahrten werden den DDR-Bürgern angebliche Lama-Decken angedreht, auf grauen Märkten bieten fliegende Händler Schund zu Phantasie-Preisen an. Einer verkaufte Kettchen – „18 Karat Gold“. Den kleinen Zusatz „Auflage“ übersahen die unerfahrenen DDR-Käufer.

So was macht wütend. Einige der neuen bunten Leuchtreklamen sind eingeworfen worden, gelegentlich werden die protzigen Wagen aufdringlicher Wessis beschädigt.

Vorbei sind die Zeiten, als bundesdeutsche Unternehmer vorbehaltlos als Retter der volkseigenen Betriebe begrüßt wurden. Heute sehen viele DDR-Mitarbeiter in den Gästen nur noch die Vertreter raffgieriger Konzerne, die ihre ehemaligen Kombinate ausschachten wollen.

Diese Erfahrung macht derzeit der bundesdeutsche Baukonzern Dywidag, möglicherweise zu Recht. Die Dywidag-Manager hatten eine Kooperation mit dem Bau- und Montagekombinat Kohle und Energie vereinbart, das sich künftig Union Bau AG nennt. Die Verträge fielen allzu einseitig zugunsten des westdeutschen Partners aus.

Die Mitarbeiter eines Kombinatetriebs wollten da nicht mitmachen, sie streikten. Ihre Vorwürfe, vom Betriebsdirektor während einer Demonstration öffentlich erhoben: Die Kombinateleitung werde mit Privilegien, Posten und Geschenken korrumpiert, das Kombinat durch überhöhte Preise für die Lieferung von alten, schrottreifen Maschinen ausgehöhlt und übernahmefähig gemacht.

Vielleicht kommt das Mißtrauen ja daher, daß von seriösen Partnerschaften so wenig zu sehen ist. Die bundesdeutsche Industrie hält sich in einer Weise zurück, die selbst Pessimisten der deutsch-deutschen Wirtschaftsvereinigung überrascht.

Gewiß, die Banken sind längst da, „mit kampfstarken Bataillonen“, wie ein Wirtschaftsvertreter sagt. Die Versicherungen rekrutieren Vertreter, der Handel versucht, Läden zu eröffnen. Doch das produzierende Gewerbe bleibt vorerst im Westen.

Immer wieder treffen die Investoren aus der Bundesrepublik auf Widerstände. Die neue Bürokratie in den Kommunen ist überfordert, in vielen Ämtern sitzen noch die Vertreter des alten Apparats.

Im Norden Dresdens will die BP die größte Tankstelle Europas bauen. Das Projekt stockt, mehr als ein Schild der Firma ist auf der Baustelle nicht zu sehen – die Baugenehmigung läßt auf sich warten.

Edelgard Wandel, die das Amt für Wirtschaftsförderung beim Rat der Stadt Dresden leitet, liegen haufenweise An-

Bis 1995 auf West-Niveau

Interview mit dem Unternehmensberater Roland Berger über die Sanierungschancen der DDR-Industrie

Berger, 52, führt die gleichnamige Münchner Unternehmensberatung. Die Firma, die inzwischen zu 75 Prozent der Deutschen Bank gehört, ist das größte deutsche Beratungsunternehmen.

SPIEGEL: Die Unternehmensberatung Roland Berger hat in den letzten Monaten 23 DDR-Kombinate überprüft. Wie sind die Untersuchungen ausgefallen?

BERGER: Gemessen am westlichen Standard sind viele Firmen in einem schlimmen Zustand.

SPIEGEL: Sind diese Kombinate hoffnungslos verloren?

BERGER: Nein. Die Mehrzahl kann erhalten werden, bei einigen macht das keinen Sinn. Bei denen, die überlebensfähig erscheinen, muß allerdings viel erneuert werden: Management, Organisation, Betriebswirtschaft, Technologie und Produkte.

SPIEGEL: Können Sie uns einen Betrieb nennen, den Sie für überlebensfähig halten?

BERGER: Das Kombinat Technisches Glas in Ilmenau produziert hochwertige Gläser für die Industrie, mit einem zu gut zwei Drittel wettbewerbsfähigen Produktprogramm. Wir haben die Bilanz auf D-Mark umgerechnet und westliche Bewertungsmaßstäbe zugrunde gelegt. Der Umsatz ist dabei um über die Hälfte, auf 520 Millionen Mark, geschrumpft. Der ausgewiesene dreistellige Millionengewinn in Mark-Ost entpuppte sich nach unserer Rechnung als ein dreistelliger Millionenverlust in D-Mark...

SPIEGEL: ... also keine Überlebenschancen.

BERGER: Doch, und die sind sogar sehr gut. In einem solchen Betrieb gibt es neben Investitionsbedarf viel organisatorischen Leerlauf, der schnell beseitigt werden kann. Allein der Wegfall der berühmten Materialpause...

SPIEGEL: ... die Pause, in der wegen Nachschubmangel nicht gearbeitet werden kann...

BERGER: ... schafft Spielraum für Produktivitätssteigerungen. Wir haben zum Beispiel in einer Firma ein Lager mit zehn Millionen Schrauben entdeckt, die gar nicht benötigt werden. Statt dessen drehen hochqualifizierte Facharbeiter andere, dringend benötigte Schrauben selber.

SPIEGEL: Was haben Sie den Managern im Kombinat Technisches Glas empfohlen?



Berater Berger

Aus einem Gewinn wurde ein Verlust

BERGER: Wir haben die Produkte herausgefiltert, die eine Marktchance haben. Die konkurrenzfähige Produktpalette würde zunächst rein rechnerisch rund 400 Millionen DM Umsatz und einen Verlust in noch dreistelliger Millionenhöhe erbringen. Wenn über Treuhandanstalt und Banken die laufenden Betriebsmittel finanziert werden, sehen wir die realistische Chance, daß die Firma es packen wird. Denn durch die mit uns erarbeiteten Maßnahmen wird das Unternehmen Ende 1991 aus dem Verlust sein und 1993 eine Umsatzrendite von gut fünf Prozent – in D-Mark – erreichen. Dabei sind die vom Staat geschuldeten Bilanzmaßnahmen noch nicht gerechnet.

SPIEGEL: Welche Veränderungen haben Sie vorgeschlagen?

BERGER: Von den 16 Teilbetrieben sollen nach unserem Vorschlag nur 12 beim Kombinat verbleiben, einige sollten geschlossen oder ausgegliedert werden. Kinderkrippen, Kliniken oder der Garten- und Gemüseanbau haben nichts mit Glasschmelzen zu tun.

SPIEGEL: Wie viele Mitarbeiter müssen Ihrer Ansicht nach entlassen werden?

BERGER: Wir haben ein Beschäftigungsproblem von bis zu einem Drittel der Belegschaft ausgemacht. Davon wird die Hälfte um- oder freigesetzt werden müssen. Einige davon könnten in

den vorzeitigen Ruhestand gehen. Die anderen können in den ausgegliederten Firmen produktiv weiterbeschäftigt werden.

SPIEGEL: Warum interessiert sich kein westdeutscher Glashersteller für eine Beteiligung an dem Glaskombinat?

BERGER: Viele Firmen aus der Bundesrepublik fürchten nicht meßbare Risiken und die Rechtsunsicherheit. Wer nimmt schon freiwillig Kosten und Makel von Sozialplänen auf sich oder die Haftung für unbekannte Umwelt-Altlasten? Wir haben für das Kombinat in Ilmenau die Bildung einer Holding mit zwölf Einzel-

firmen vorgeschlagen; mit diesen können Westfirmen flexibler kooperieren. Dafür gibt es schon zwei konkrete Offerten. Wesentlich jedenfalls ist, daß der Kern des Kombinats erhalten und privatisierbar bleibt.

SPIEGEL: Warum?

BERGER: Ich halte es für sehr wichtig, daß in der DDR Unternehmen mit eigener Konzernzentrale verbleiben, daß diese Region nicht nur zum Standort von Tochterfirmen westlicher Konzerne verkümmert. Die Erfahrung lehrt, daß in kritischen Situationen das Beschäftigungsrisiko mit der Entfernung von einer Firmenzentrale ansteigt.

SPIEGEL: Können Sie uns von einem Unternehmen berichten, das schlechter dran ist?

BERGER: Wir haben das Kombinat Motorradwerke Zschoppau untersucht, das sage und schreibe 75 000 Motorräder im Jahr produziert. So viele werden in ganz Westeuropa nicht hergestellt. Selbst Noch-RGW-Länder wie Ungarn, die Geld nach westlichen Maßstäben verdienen müssen, werden nicht mehr die teilweise veralteten und in D-Mark vergleichsweise überbewerteten DDR-Motorräder kaufen. Ein solches Unternehmen muß kurzfristig mit einem drastischen Umsatzrückgang rechnen. Nur wenn dort die Produktpalette marktdäquat erneuert wird, kann ein Teil des Kombinats überleben.

SPIEGEL: Ist ein solches Kombinat überhaupt zu retten?

BERGER: Ja, aber nur ein Teil mit der Herstellung von Motorrädern – wenn die Modelle geändert werden. Für mehr als die Hälfte der Beschäftigten müssen neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Hierfür bietet sich die Herstellung von Zulieferteilen für die Autoindustrie an. Mit diesen haben wir in Westeuropa auch Auffangpositionen diskutiert und vereinbart. So haben wir ein Wachstumsfeld geschaffen, in das die Mitarbeiter zügig umgesetzt werden können. Aber das geht nicht von heute auf morgen.

SPIEGEL: Ihre Vorschläge sind jeweils mit hoher Arbeitslosigkeit verbunden.

BERGER: Im Gegenteil. Wir haben fundierte Vorschläge gemacht, um für die Übergangszeit eine hohe Arbeitslosigkeit zu vermeiden. Am besten wäre es natürlich, wenn die Betriebe selbst durch Umsetzung in neue Geschäftsfelder oder Beschäftigungsgesellschaften zur Umschulung Arbeitslosigkeit verhindern.

SPIEGEL: Wie soll das geschehen?

BERGER: Grundsätzlich: Ein aufnahmefähiger Markt wie die DDR erfordert kein Gesundschrupfen, sondern ein Gesundwachsen. Das ist die unternehmerische Aufgabe. Wenn die Umstrukturierung einmal greift, kommen täglich Tausende von neuen Arbeitsplätzen hinzu – auch und gerade in neuen oder aus den Kombinanten ausgegliederten mittelständischen Betrieben der Produktion, des Handwerks und der Dienstleistung.

SPIEGEL: Große Ungewißheit herrscht über die Beschäftigung in der DDR. Mit wie vielen Arbeitslosen rechnen Sie?

BERGER: Auf dem Höhepunkt der Anpassungskrise rechne ich mit maximal ein bis 1,5 Millionen Arbeitslosen, einschließlich der Umschüler. Das ist weniger als die Arbeitslosenquote in Spanien. Doch Arbeitslose, die wieder die Schulbank drücken, sind für mich nicht wirklich arbeitslos. Sie müssen nach marktwirtschaftlichen Kriterien umlernen, weil sie später in anderen Sektoren gebraucht werden. Das Problem der DDR ist nicht der Mangel an Arbeit, sondern ein Mangel an organisierter produktiver Beschäftigung.

SPIEGEL: Wer soll das alles bezahlen?

BERGER: Der Staat natürlich – aber über die Betriebe. Den späteren Nutzen haben wir alle, auch die Bürger in der heutigen Bundesrepublik. Bundesländer wie Bremen haben sich die Ansiedlung von Daimler-Benz viele Millionen kosten lassen. Siemens bekam erhebliche Steuernachlässe und Staatszuschüsse für seine Glasfaser- und Chipfabriken am Zonenrand.

SPIEGEL: Das sind eigentlich keine Beispiele, die Schule machen sollten.

BERGER: Ohne sogenannte Wirtschaftsförderung ist auch die DDR als Standort für Ansiedlungen nicht wettbewerbsfähig. Das ist überall üblich. Wenn der Staat nicht einspringt, ist beispielsweise das Stahlkombinat Eisenhüttenstadt nicht zu retten. Schließlich haben auch wir im Westen Stahlfirmen wie Maxhütte und Saarstahl mit Steuergeldern erhalten.

SPIEGEL: Geht das alles ohne Steuererhöhungen?

BERGER: Es wäre sicher ehrlicher gewesen, früh genug auch Steuererhöhungen einzuplanen. Ich denke da an eine Erhöhung der Mehrwertsteuer, die uns im Rahmen der EG ohnehin blüht. Ich hätte auch nichts gegen Sonderabgaben

trüge vor. Bürohochhäuser wollen die Wessis bauen und Gewerbeparks, vor allem aber Hotels. Doch Investitionen, die Arbeitsplätze in der Industrie schaffen, fehlen.

Kooperationen zwischen ost- und westdeutschen Konzernen? Da muß Frau Wandel lange nachdenken. Siemens will, zur allgemeinen Überraschung, bei Robotron Computer bauen lassen, der Dresdner Elektronik-Konzern wird außerdem mit dem bayerischen Mittelständler Pilz in der Nähe von Suhl eine Fabrik für Compact Discs betreiben. Der VEB Mikromat verhandelt mit dem bundesdeutschen Werkzeugmaschinenhersteller Rothenberger. „Was gelaufen ist“, sagt Frau Wandel, „ist zu klein oder zu unverbindlich.“

Das gilt nicht nur für den Dresdner Raum, das trifft die Situation im ganzen



Montage im Pentacon-Werk: Pro Tag 500 000 Mark Verlust

von Höherverdienenden gehabt. Ob dies vor gesamtdeutschen Wahlen heute noch durchsetzbar wäre, wage ich allerdings zu bezweifeln.

SPIEGEL: Wann wird die DDR-Industrie bundesdeutsches Niveau erreichen?

BERGER: Ich rechne damit, daß die Produktivität der DDR-Wirtschaft in den nächsten Jahren im Schnitt um 20 Prozent pro Jahr steigt. Dann dürfte es 1995 soweit sein. Mit der Infrastruktur, etwa dem Bau von Verkehrswegen, Krankenhäusern, Schulen und Wohnungen sowie der Telekommunikation, dürfte es allerdings noch ein paar Jahre länger dauern. Das wäre dann immer noch ein zweites deutsches Wirtschaftswunder.

Land. Von der ersten DDR-Begeisterung ist in der bundesdeutschen Industrie nichts mehr zu spüren.

Mit dem Fall der Mauer hatten die bundesdeutschen Manager ihre historische Chance gewittert. Jeder wollte dabei sein, keiner zu spät kommen.

Es lockte ein zusätzlicher Markt mit phantastischem Bedarf. Zudem schien die DDR ein interessanter Standort für den Export nach Osteuropa, mit billigen, gut ausgebildeten Arbeitskräften und eingespielten Kontakten.

Doch zunächst hatten die West-Manager wenig Chancen, bei den Ost-Betrieben einzusteigen. Die Regierung Modrow verzögerte die wirtschaftliche Erneuerung, das Joint-venture-Gesetz kam spät und schien den West-Partnern wenig einladend. Als dann die Ost-Berliner Treuhandanstalt die Verwaltung des

volkseigenen Vermögens übernahm, lief gar nichts mehr.

Heute sind die West-Manager froh über die Verzögerung. Sie nutzten die Zeit, sich ihre künftigen Partner näher anzusehen. Das Ergebnis fiel ernüchternd aus.

Die SED-Führung hatte die Betriebe über Jahrzehnte ausgesaugt, sie gleichen, aus westlicher Sicht, Industriemuseen. Die veralteten Maschinen sind teilweise mehrmals abgeschrieben, die Betriebe hoch verschuldet und, nach bundesdeutschen Maßstäben, längst pleite. Die Produktivität erreicht oft nur ein Drittel des westlichen Niveaus.

Die Kontakte in den Osten schienen nicht mehr viel wert, als Bonn der DDR die Währungseinheit anbot. Wenn die Sowjetunion für Computer und Maschinen harte D-Mark zahlen muß, warum soll sie die dann ausgerechnet in der DDR kaufen? Staatliche Hilfen kann es nur für eine Übergangszeit geben.

Das Argument vom Billiglohnland vor der eigenen Haustür war mit der heraufziehenden Vereinigung ebenfalls erledigt. Die Löhne werden sich angleichen.

Für 16 Millionen Einwohner allein rechnen sich eigene Fertigungsstätten jedoch kaum. Einen Markt von der Größe Nordrhein-Westfalens kann die bundesdeutsche Industrie ganz nebenbei bedienen. Die Fabriken für die zusätzliche Nachfrage stehen schon, im Westen.

Selbst der Maschinenbau, der in den bundesdeutschen Werken dauerhaft Überstunden fährt, hält sich zurück. DDR-Betriebe böten sich als Partner an, der Maschinenbau hat in Thüringen oder Sachsen eine lange Tradition. Doch mehr als einfache Teile werden die westdeutschen Firmen im Osten nicht fertigen lassen, und selbst das ist die Ausnahme. Die meisten Maschinenbauer, die sich in der DDR engagieren, wollen dort nur ein Vertriebsnetz aufbauen.

Der Arbeitspsychologe Klaus Gersten aus Dresden, demnächst im Dienst einer bundesdeutschen Unternehmensberatung, glaubt die wirklichen Gründe für die Zurückhaltung zu kennen. „Wenn ein Betrieb wirklich am Ende ist“, sagt er, „kauft es sich viel besser.“ Die Dreckarbeit sollen noch die alten Direktoren erledigen.

Doch das ist wohl nur ein Teil der Wahrheit. Ein anderer Teil ist, daß Investitionsentscheidungen nun mal nicht ruck, zuck getroffen werden. Das Tempo, das die Regierung beim Staatsvertrag und bei der D-Mark-Einführung vorlegte, wollen die in langen Zeiträumen planenden Manager nicht mitmachen.



Pentacon-Direktor Schulzki (M.), West-Berater
„Ja, da haben Sie recht“

Chancen und Risiken, das haben sie gelernt, müssen wohl abgewogen werden.

Allzu vieles war und ist schließlich noch im ungewissen. Privatisierung der volkseigenen Betriebe, Niederlassungsfreiheit für westliche Unternehmen, Eigentum an Grund und Boden – lange Zeit fehlten die Grundlagen für den Übergang in die Marktwirtschaft. Der



Takraf-Chef Grimm
„Das Rad nicht neu erfinden“

zuständige Wirtschaftsminister Gerhard Pohl tauchte ab. Erst jetzt, in letzter Minute, werden die notwendigen Gesetze durchgepaukt.

Pohls Kollege aus dem Westen, Helmut Haussmann, gefiel sich in der Rolle des Markt-Apostels. Er setzte auf den Wunderglauben, die Gesetze von Ange-

bot und Nachfrage würden alles allein richten. Eine Struktur- und Regionalpolitik? Das roch nach altem Plan-Denken. Hilfen für sanierungsfähige Betriebe? Die sollen sich einen Partner im Westen suchen.

Jetzt, wenige Tage vor der Währungsunion, klingt das alles ganz anders. Verbittert beklagt sich Haussmann über die Kleinkrämer und Bedenkenträger in der Industrie, die sich nicht so in der DDR engagieren, wie Klein-Erhard sich das vorgestellt hat. Verzweifelt beschließt sein überfordertes Kollege Pohl nahezu täglich neue Hilfen für die DDR-Wirtschaft.

In letzter Minute versuchten die Regierungen in Bonn und Ost-Berlin zu retten, was nicht zu retten ist. Eine Strafsteuer von elf Prozent soll die gefährdete Konsumgüter-Industrie des Ostens vor der Konkurrenz aus dem Westen schützen – als ob ein solcher Aufschlag die Bürger zum Kauf einheimischer Produkte bewegen könnte. Selbst West-Autos würde Pohl gern künstlich verteuern – als ob der Trabant dann wieder Käufer fände.

Die Steuer hat vor allem zur Folge, daß die Kaufkraft der Bürger geschmälert wird.

Westliche Lebensmittel würde die Regierung am liebsten verbieten, wenn sie dürfte. So einigte sie sich mit den Bonnern auf Kontingente für die beliebten lila Schoko-Riegel und das begehrte West-Bier. Der Handel soll gezwungen werden, die einheimischen Produkte wieder ins Regal zu stellen.

Das schafft zumindest Arbeitsplätze für Bürokraten. Der DDR-Importeur muß bei der zuständigen Stelle des Landwirtschaftsministeriums eine Lizenz beantragen. Jede Bestellung wird an der Grenze kontrolliert, nach Berlin durchgegeben und dort registriert. Wer zuviel importiert, muß mit einem Bußgeldbescheid rechnen, im Extremfall droht Lizenzentzug.

Ein Bürokraten-Scherz, der Warenfluß an der deutsch-deutschen Grenze wird kaum zu kontrollieren sein. Nahe der Grenze werden die Bürger zum Einkauf in den Westen fahren, weiter entfernt Lebende werden von Schiebern und Schwarzhändlern versorgt.

Bürokratische Maßnahmen helfen der DDR-Industrie wenig, nur eines kann ihr nützen: wettbewerbsfähige Produkte. Der Trabant läßt sich nicht in die Marktwirtschaft retten. Kein Mensch wird mehr einen Kassettenrekorder aus DDR-Produktion kaufen, anderen Waren droht ein ähnliches Schicksal.

Bis zum 1. Juli waren solche Produkte nicht zu entwickeln. So schnell lassen

sich auch die horrenden Fertigungskosten in den Betrieben nicht abbauen: Die DDR-Wirtschaft braucht Zeit; und sie benötigt, für diese Übergangsphase, Kredite.

Lange Zeit war das umstritten. Nur allmählich dämmerte den Verantwortlichen, daß kaum ein Betrieb den D-Mark-Schock überstehen würde: Die Unternehmen könnten spätestens im August die Löhne nicht mehr bezahlen.

Nun gibt es Überbrückungskredite, Liquiditätshilfen und Bürgschaften. Sieben Milliarden Mark hält die Treuhandstelle für solche Subventionen bereit, weitere zehn Milliarden im nächsten Jahr. Es wird nicht reichen. Allein um die Lohnzahlung zu sichern, brauchen die Betriebe nach dem 1. Juli monatlich zwischen fünf und sieben Milliarden D-Mark an Krediten.

Zunächst werden die Banken Überbrückungshilfen geben, die Anstalt (also letztlich die Bundesregierung) bürgt dafür. Das *Handelsblatt* befand: „Für die westdeutschen Banken ist dies ein glänzendes, weil risikoloses Geschäft.“

Für den schlimmsten aller Fälle wird in Bonn bereits über eine Staatsbürgschaft für weitere Milliarden-Kredite nachgedacht. Bonn will dann 70 bis 80 Prozent eines Darlehens absichern. Das Rest-Risiko sollen die Banken tragen; dieser Eigenanteil soll die Prüfer in den Geldhäusern ermuntern, die Kreditanträge sorgfältig auf Wirtschaftlichkeit zu prüfen.

Wer Hilfe will, muß nachweisen, daß er bis spätestens in zwei Jahren saniert werden kann. Und so legen alle Betriebe, die in diesen Tagen im Ost-Berliner Wirtschaftsministerium oder bei der Treuhandstelle vorsprechen, eindrucksvolle Konzepte vor. In dicken Bänden weisen sie nach, daß sie schon bald Gewinne erzielen.

Die wundersamen Konzepte sind meist das Werk westdeutscher Unternehmensberater. „Wir haben nicht vor, das Rad neu zu erfinden“, sagt Gerd-Rainer Grimm, 43, der Chef der Takraf Schwermaschinenbau AG. In seinem Büro im Leipziger Barfußgäßchen steht ein Schaubild der künftigen Konzernstruktur, entworfen haben es die Berater von Roland Berger.

In vier Unternehmensbereiche soll der Konzern künftig aufgeteilt werden, einer davon, die Entsorgungstechnik, wird gemeinsam mit Thyssen neu aufgebaut. Die bisherigen Kombinatbetriebe werden in GmbH umgewandelt und den

Unternehmensbereichen zugeordnet – das alte Kombinat will geschlossen in die Marktwirtschaft eintreten und, wenn das Konzept aufgeht, 1993 erstmals Gewinne erzielen.

Die westdeutschen Beratungsfirmen haben in der DDR ein weites Betätigungsfeld gefunden. Riesenunternehmen lassen sich ganz neu ordnen, mit einfachsten Methoden sind radikale Produktivitätsverbesserungen zu erzielen, nagelneue Unternehmenskonzepte können auf dem Reißbrett entworfen werden.

Natürlich, klagen die West-Experten, muß man ordentlich Druck machen. Ist der Berater zwei Tage nicht im Haus, kehrt gleich der alte Schlendrian zurück. „Die Menschen sind durch das System deformiert“, sagt der smarte Berater, den

Schaufenster-Flächen räumen. Da stehen jetzt die Apparate von Canon und Nikon.

500 000 D-Mark Verlust wird Pentacon nach dem 1. Juli produzieren, Tag für Tag. Die Herstellung der veralteten Spiegelreflex-Kamera kostet bisher 1000 Ost-Mark pro Stück, im Westen wird sie für rund 200 D-Mark verkauft. Die Kamera besteht aus 801 Teilen, über 90 Prozent werden bei Pentacon gefertigt. Jede Schraube wird selbst gedreht. Künftig sollen viele Teile zugekauft, soll die Fertigung auf zwei Fabriken – Pentacon hat insgesamt 58 – konzentriert werden. Das senkt die Kosten gewaltig.

Die Kamera bleibt die alte, bekommt aber ein gefälligeres Design. Die Formen werden weicher, runder, sie liegt



Demonstration gegen Arbeitslosigkeit*: Knochenhart werden die ersten Jahre sein

die Münchner Firma Dr. Höfner & Partner nach Sachsen entsandt hat.

Gunter Schulzki sitzt daneben, als diese Worte gesprochen werden. Er ist der Betriebsdirektor des Dresdner Kameraherstellers Pentacon, für den die Firma Höfner zusammen mit einer weiteren Beratungsgesellschaft ein Konzept entworfen hat. Schulzki zittert am ganzen Körper. Seine Augen irren durch den Raum. „Ja“, entgegnet er schließlich gepreßt, „da haben Sie recht.“

Pentacon ist Dresdens Sorgenfirma Nummer eins. Kaum einer in der Stadt, der dem Unternehmen eine Chance gibt. Im Pentacon-Laden in der Innenstadt mußten die Kameras der Firma, Marke Praktica, schon den größten Teil der

dann angenehmer in der Hand. Der Verlust, so das Konzept, sinkt auf 100 000 Mark pro Tag und nimmt dann kontinuierlich ab. Ende 1991 ist das erste Ziel erreicht: die Gewinnschwelle.

Dann kommt das neue Modell, in Rekordzeit entwickelt. Es ist natürlich in der höheren Preisklasse angesiedelt, die Billigzeiten sind vorbei. Mit einem völlig neuen „modularen Konzept“ soll es sich gegen die übermächtige Konkurrenz der Japaner durchsetzen. Einzelheiten können, geheim, geheim, nicht genannt werden.

Scharlatanerie? Oder ein Zeichen, daß in den DDR-Betrieben viel mehr steckt, als bisher vermutet wurde?

Pentacon erhält, auf der Grundlage des Beraterkonzeptes, staatliches Geld, um einen Teil der Verluste auszugleichen, und für Investitionen und Um-

* Während der Feier zur Auslieferung des dreimillionsten Trabant im IFA-Werk Mosel bei Zwickau.

schulungen. Der Finanzbedarf ist gewaltig, ob das Geld gut angelegt ist, bleibt zumindest fraglich.

Die Erfahrungen, die in der Bundesrepublik unter ungleich besseren Bedingungen gemacht wurden, sollten zu denken geben: Kein Kamerahersteller konnte sich gegen die Japaner behaupten. Auch elektronische Schreibmaschinen, wie sie Robotron produziert, lassen sich offensichtlich hierzulande nicht mit Gewinn herstellen.

Betriebe zu stützen, die keine realistischen Marktchancen haben, macht wenig Sinn. Kurzfristig werden zwar Arbeitsplätze erhalten, der notwendige Strukturwandel aber wird verhindert.

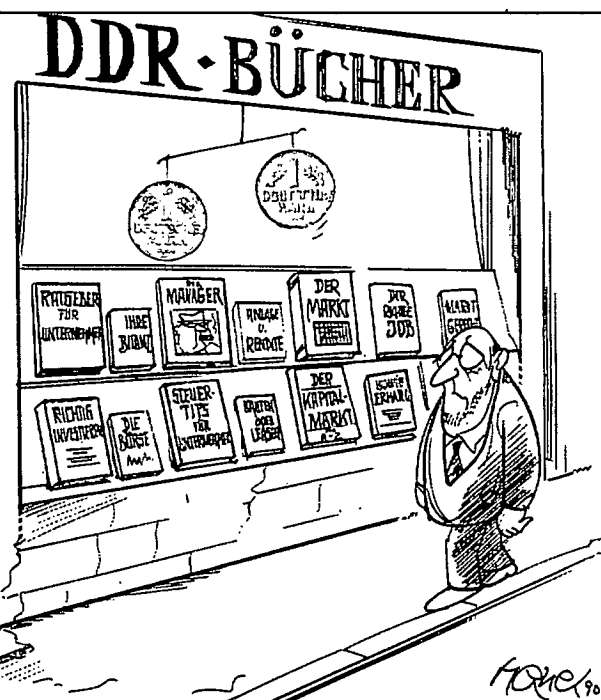
Es werde, mahnt Daimler-Chef Edzard Reuter, „Unternehmen, gar ganze Branchen geben, die nicht saniert werden können“. In der Chemie oder der Energieerzeugung, meint Reuter, werde die Schließung von Betrieben vielfach schon aus ökologischen Gründen unerlässlich sein. Für gefährdet hält der Daimler-Chef auch Teile der Schwerindustrie und der Konsumgüterindustrie.

Nicht Subventionen nach dem Gießkannenprinzip, sondern eine gezielte Struktur- und Regionalpolitik fordert Reuter. Doch eine solche Strategie erfordert ein Konzept, und das haben beide Regierungen bisher nicht erarbeitet. So wird erst mal Geld ausgegeben.

Die Kredite werden zumindest eines bewirken: Es wird wohl in den ersten Monaten nicht zu der befürchteten Massenarbeitslosigkeit kommen. Und das ist für die Regierungen in Bonn und Ost-Berlin das wichtigste, nicht nur aus sozialen Gründen. Sie wollen schließlich Anfang Dezember gesamtdeutsch wählen lassen.

Entlassungen soll es in den meisten großen Betrieben nicht geben. Rund 3000 der 5600 Mitarbeiter sind bei Pentacore nach dem neuen Konzept überflüssig, sie sollen in einer „Überführungsgesellschaft“ Mitarbeiter des Unternehmens bleiben und auf neue Jobs vorbereitet werden. Bei Takraf ist ein Drittel der Belegschaft von insgesamt 34 000 Mitarbeitern von der Umstrukturierung betroffen.

Selbst die Sowjetisch-Deutsche Aktiengesellschaft Wismut will ohne Entlassungen auskommen. 40 000 Menschen arbeiten bei dem Unternehmen,



Frankfurter Allgemeine Zeitung

dessen Uranbergbau eine ganze Region verseuchte. Ursprünglich sollten 10 000 „in anderen Zweigen der Wirtschaft eingesetzt werden“, wie Generaldirektor Horst Richter kunstvoll formuliert. Dieser Weg sei „jetzt nicht mehr gangbar, weil auch anderswo durch marktwirtschaftliche Strukturanpassung Arbeitskräfteüberschuß besteht“.

Ein gigantisches Qualifizierungsprogramm soll in den nächsten Monaten DDR-weit anrollen. Ob die Massen-Unternehmung diesen Namen verdient, wird sich erst später zeigen. Sozialer Unfriede durch abrupte Massenarbeitslosigkeit könnte aber erst mal abgewendet sein.

Ausgedacht haben sich diese Aktion die Fachleute im Bonner Arbeitsministerium. Die Kurzarbeiterhilfe der Bundesrepublik wurde an die Bedürfnisse der DDR angepaßt. Statt wie in der Bundesrepublik nur für höchstens ein Jahr gibt es in der DDR für zwei Jahre Kurzarbeitergeld.

Das Arbeitsamt zahlt den Betroffenen zwischen 63 und 68 Prozent des alten Einkommens. Während dieser Zeit können sie für die künftige Arbeit im eigenen Unternehmen qualifiziert oder allgemein geschult werden.

Vielleicht nutzen manche die Besinnungsphase auf der Schulbank und entschließen sich, ihr Dasein als abhängig Beschäftigte zu beenden. Eine selbständige Tätigkeit dürfte in dem Land, das über Jahrzehnte die Großunternehmen gepöppelt hat, gute Erfolgsaussichten bieten.

500 000 Arbeitsplätze in klein- und mittelständischen Betrieben sollten laut Regierungserklärung vom März schnell

geschaffen werden. Doch daraus, das mußte Wirtschaftsminister Pohl vor der Volkskammer einräumen, ist bislang nichts geworden.

Viele Existenzgründer scheitern schon bei der Suche nach Gewerberaum. Die meisten haben zuwenig Kapital. Viele gehen die neue Existenz zudem allzu unbedarft an.

Die Naivität der Möchtegern-Unternehmer erschreckt den Berater einer westdeutschen Industrie- und Handelskammer in der DDR noch immer. „Ich will eine GmbH gründen“, stellte sich ein Besucher vor. Das sei, wußte der Mann, auch aus steuerlichen Gründen günstig. Nur was er machen wollte, konnte der Mann nicht sagen.

„Das wollte ich von Ihnen wissen“, bemerkte er. Die meisten Existenzgründer finden Marktlücken, die allzu offensichtlich sind: Copy-Shops, Eisdieleen, Videotheken und Reisebüros sind schon an jeder Ecke zu finden. Nur die kreativen Tüftler und die arbeitswütigen Handwerker, die es mit einem eigenen Betrieb probieren wollen, die sind noch immer eine Seltenheit.

Die Regierung will jetzt bessere Startbedingungen schaffen. Die örtlichen Behörden sollen bei den Gewerberäumen helfen. Die Kommunen haben allerdings selbst nicht viel anzubieten.

Immerhin gibt es zinsgünstige Kredite und Investitionszulagen, für notwendige Firmenkredite übernimmt die Treuhandanstalt die Bürgschaft, und Bonn hat die Mittel aus dem ERP-Programm der Kreditanstalt für Wiederaufbau aufgestockt. Die ersten sechs Milliarden Mark sind schon fast vergeben, in den nächsten zwei Jahren sollen weitere vier Milliarden folgen.

Das alles soll die Entwicklung beschleunigen, die bisher noch nicht in Gang gekommen ist: die Erneuerung der DDR-Wirtschaft von unten. Verglichen mit der Bundesrepublik, müßte es in der DDR 700 000 Selbständige geben, hat Horst Siebert, Präsident des Kieler Instituts für Weltwirtschaft, errechnet. Tatsächlich sind es 100 000. Eine Gründungswelle könnte, bei einer durchschnittlichen Beschäftigtenzahl von drei bis fünf Arbeitsplätzen pro Selbständigen, für rund 2,1 bis 3,5 Millionen Menschen Beschäftigung schaffen.

Am aussichtsreichsten erscheint noch die Planung, Betriebsabteilungen der

VEB in die Selbständigkeit zu entlassen. Bereiche wie Instandhaltung oder Fuhrpark lassen sich leicht privatisieren.

„Wir ermuntern Mitarbeiter, sich als Fuhrunternehmer oder Handwerker selbständig zu machen“, sagt Peter Klopsch, der den Berliner Stammbetrieb des Werkzeugmaschinenkombinats „7. Oktober“ leitet. Sein Unternehmen hilft bei der Kapitalbeschaffung, sorgt für Kredite, organisiert Gewerberäume, zum Teil auf dem Firmengelände. Und es verhilft zu den ersten Aufträgen.

„Aktive Unternehmensgründungen aus dem Betrieb heraus“, wie Klopsch das nennt, sind für die Unternehmen ein Rationalisierungsinstrument. Sie sind jedoch auch eine Art der Mittelstandsförderung.

Zu tun gibt es jedenfalls genug. Das Baugewerbe wird einen gewaltigen Boom erleben, die Telekommunikation hat glänzende Aussichten, handwerkliche Fähigkeiten sind allenthalben gefragt. Der Dienstleistungsbereich der DDR liegt um ein halbes Jahrhundert zurück, bei Banken und Versicherungen werden viele Jobs entstehen.

Langfristig, da sind sich die meisten Ökonomen und Wirtschaftsforscher einig, stehen die Chancen nicht schlecht. Knochenhart jedoch werden die ersten Jahre sein, ohne gewaltige Verwerfungen läßt sich ein solch brutaler Strukturwandel nicht vollziehen. Sie sind unvermeidlich, wenn der Crash-Kurs in Richtung Marktwirtschaft gelingen soll; sie lassen sich abfedern, nicht verhindern. Niemand aber weiß, wie lange diese bittere Phase des Übergangs dauern wird.

Ängstlich und ein wenig apathisch erwarten die Bürger den 1. Juli. Der Lebensstandard der Bundesrepublik, glauben dennoch viele, werde bald erreicht sein, vielleicht schon in ein, zwei Jahren.

Mehr als drei Jahre, meint der Takraf-Chef Grimm, dürfe es nicht dauern, das könne die Industrie nicht durchhalten. „Sonst“, sagt er, „laufen uns die besten Leute weg.“ Aber er weiß auch, daß er auf absehbare Zeit weit weniger als die Firmen im Westen zahlen kann; daß die Löhne nicht schneller steigen dürfen als die Produktivität.

Die Zeit der Illusionen und der Trümereien ist vorbei: Jetzt sind die Rechner dran. In den nächsten Wochen und Monaten wird sich herausstellen, ob die Schock-Therapeuten mit der schnellen Mark-Transfusion nicht doch zuviel riskiert haben; ob der Optimist Helmut Kohl oder der Skeptiker Oskar Lafontaine recht behält.

Dann wird sich in der DDR zeigen, welche Firmen weiter existieren können und welche so heruntergewirtschaftet sind, daß eine Wiederbelebung schiere Geldverschwendung wäre.

„Der 1. Juli“, sagt Takraf-Chef Grimm, „das ist der Scharfrichter.“

Dresden an 1168

Lebenszeichen aus Schalcks Firmenreich: Wie eine Viertelmilliarde Ost-Mark legal in West-Mark gewechselt wird.

Am 27. April versammelten sich in Dresden eine Dame und einige Herren, um ein denkwürdiges Geschäft abzuschließen. Vertreten waren die schweizerische Mini-Aktiengesellschaft Lomer & Co., St. Gallen (Stammkapital: 100 000 Franken), die Ost-„Berliner Import Export GmbH“ (BIEG), ein Wiener Geschäftsmann und die Län-



Kreditnehmerin Rademacher (r.), Chef „Kulturelle Rekonstruktion“

derbank AG, Wien, sowie die Dresdner Stadträtin für Finanzen und Preise, Christel Rademacher.

Die Runde vereinbarte Vertraulichkeit und einen mehrseitigen Darlehensvertrag, der am 2. Mai rechtsgültig wurde: Lomer und die DDR-BIEG gewährten dem Rat der Stadt Dresden ein Darlehen über 225 Millionen Ost-Mark – angeblich für den Bau von „Büro- und Gewerbehäusern“ und für die „Rekonstruktion von kulturellen Einrichtungen“.

Doch der eigentliche Darlehenszweck verbirgt sich weit dahinter, die Heimlichkeit macht Sinn. Denn die BIEG, die zu Honeckers Zeiten mit menschlichem Blut und mit westdeutschen Schuhen handelte, gehörte in der alten DDR zur SED-Spezialabteilung „Kommerzielle Koordinierung“ (KoKo) des Valuta-Eintreibers Alexander Schalck-Golodkowski; hinter Lomer steckt der Wiener Millionär Martin Schlaff, ein erfahrener Ost-West-Kaufmann und Spezialist in Sachen

Holz, und die Wiener Länderbank dient bloß dazu, alles zu bemänteln.

Schalcks alte Firma will unbedingt verbergen, woher die Riesensumme stammt, die sie der Sachsen-Metropole scheinbar generös ausleiht: Die mysteriöse Transaktion macht nur Sinn, wenn es gilt, altes Ost-Geld über den Stichtag der Währungsunion zu bringen und dann alten Freunden etwa in Gregor Gysis PDS mit gewaschenem Geld die Kasse zu füllen.

Seit Monaten schon fürchten PDS-Funktionäre, die neue DDR-Regierung könnte ihr aus SED-Zeiten stammendes Vermögen konfiszieren oder verfallen lassen. Die Ost-Berliner Koalitionsregierung berief eigens eine Kommission, Bonner Unterhändler verabredeten mit Ost-Berliner Experten noch geheime Regeln, um den Umtausch von unrechtmäßig angeschafftem Vermögen in saubere West-Mark zu verhindern.

Und Schalck hatte für Partei und Staat mächtig angeschafft; allein die westdeutschen Koko-Tarnfirmen machten 1988, dem letzten Jahr einer Bilanz für Schalcks Chef Honecker, über drei Milliarden Umsatz.

Als im Frühjahr 1990 – Schalck hatte sich längst in den Westen abgesetzt – klar wurde, daß die Währungsunion am 1. Juli kommen würde und mit ihr das Ende der Ost-Mark, begannen Überlegungen, wie denn alte Schätze in neue Zeiten hinüberzuretten seien. So wurde der Deal mit dem Darlehen ausgeheckt. Offen bleibt nur, wie Christel Rademacher, früher SED, dann PDS und Ehefrau des früheren Dresdner Stasi-Chefs, ihrem Vorgesetzten Wolfgang Berghofer, der die PDS schon verlassen hatte, ein Ja-Wort abnötigte.

Die Laufzeit des Kredits wurde auf sieben Jahre festgelegt, die Zinsen auf den damals ungemein günstigen Satz von 3,5 Prozent. Die Tilgung, so sieht es der schriftliche Vertrag vor, soll „in 10 Halbjahresraten“ erfolgen, gezahlt wird aufs Konto 6836-17-20 bei der Deutschen Handelsbank in Ost-Berlin. Kontoinhaber: Lomer & Co. Statt des Zahlungsgrundes soll nur ein Zahlenkode genannt werden – „1168“.

In Punkt 3 des Vertrages steht der wichtigste Passus:

Kommt es zu einer Währungsunion zwischen der DDR und der BRD, wird das Darlehen zum Stichtag der Währungsunion zu dem vorgesehenen Umrechnungskurs für Forderungen und Verbindlichkeiten von Kommunen gegenüber der Staatsbank von Mark der DDR auf DM umgerechnet.